Pressemitteilung der IG Metall Stuttgart

27.10.2003

Bosch Elektrowerkzeuge - Standorte in Westeuropa sind gefährdet - Deutlicher Protest der Beschäftigten bei BOSCH-Elektrowerkzeuge in Leinfelden

Im Werk Leinfelden sind durch die Verlagerungsabsicht der Geschäftsleitung mindestens 150 Arbeitsplätze in der Produktion von der Streichung bedroht - in Westeuropa über 650!

Eine schriftliche Mitteilung der Geschäftsführung der BOSCH -Elektrowerkzeuge schlug am 21. Oktober, mittags, in den Werken Leinfelden und Sebnitz (Sachsen) ein wie eine Bombe. Nach den Vorstellungen von Geschäftsführer Gleissner soll das Werk Sebnitz seine gesamte Produktion in Werke nach Ungarn und China verlagern. Als Ersatz soll ins Werk Sebnitz zukünftig die Produktion von Zweihandwinkelschleifern aus dem Werk Leinfelden verlagert werden. Durch diese Maßnahme werden in Sebnitz kurzfristig min. 85 Arbeitsplätze verloren gehen.

Im Leinfeldener BOSCH-Werk hätte dies ebenfalls schwerwiegende Folgen für die Beschäftigten. Der Zweihandwinkelschleifer ist dort eines von zwei Standbeinen der Produktion, von der mindestens 150 Arbeitsplätze abhängen. Betroffen von der Verlagerung wären damit 20% der Produktionsarbeiter oder 10% von allen Beschäftigten. In Westeuropa sind - nach Aussage der BOSCH-Geschäftsführung - min. 650 Arbeitsplätze von den geplanten Maßnahmen betroffen.

Aus Protest gegen den drohenden Arbeitsplatzverlust versammelten sich daraufhin am letzten Freitag um 11 Uhr ca. 500 Beschäftigte spontan in der Kantine des Werkes und forderten die Geschäftsführer der BOSCH-Elektrowerkzeuge, Jacobi und Gleissner auf, sich zum Standort Leinfelden zu bekennen. Diese mussten aufgrund der Protestveranstaltung eine Informationsveranstaltung mit Betriebsräten der westeuropäischen Standorte über geplante Verlagerungen, insbesondere nach China, unterbrechen und den verärgerten Beschäftigten Rede und Antwort stehen.

Aus der Belegschaft wurde der berechtigte Vorwurf geäußert, die Geschäftsführer würden sich nicht mit den eigenen Standorten identifizieren. "Sie sind gut bezahlte Nomaden, die alle zwei Jahre die Zelte abbrechen und weiterziehen", meinte ein Kollege unter dem Beifall seiner Kolleginnen und Kollegen.

Der Betriebsratsvorsitzende Wolfgang Mann sprach sich mit Nachdruck gegen den geplanten Personalabbau aus und äußerte zugleich die Befürchtung, das dies weiteren Personalabbau - auch in den Angestelltenabteilungen - nach sich ziehen könnte: "Wenn die Produktion verlagert wird, droht z.B. der Entwicklungsabteilung das gleiche.". Geschäftsführer Gleissner bestätigte diese Befürchtung: "Es wird sich auch auf die "indirekten Bereiche" (Angestelltenbereiche) auswirken", so sein Kommentar. Auch die Gefährdung der Ausbildung verneinte er nicht. Auf Nachfrage unterstellte er, BOSCH würde "...seit Jahren über Bedarf..." ausbilden. Diese würde als Teil der gesamten Produktion zur Disposition stehen.

Damit wären in Leinfelden 35 Ausbildungsplätze bedroht.

Der Vorsitzende des Gesamtbetriebsrates, Walter Bauer, protestierte gegen den neuen Stil bei BOSCH: "Wenn es früher Kosten- und Wettbewerbsprobleme gab, wurden die Betriebsräte in die Diskussion zur Lösungsfindung einbezogen. Heute erhält der Betriebsrat nur eine Stunde vor der Belegschaft eine fertige Entscheidung ohne die Möglichkeit der Diskussion über Alternativen!"

Der Vertreter der IG Metall, Klaus-Jürgen Ledebur, hält angesichts der geplanten Maßnahmen die Forderung des neuen BOSCH-Konzernchefs, Franz Fehrenbach, nach Wiedereinführung der 40-Stunden-Woche für zynisch: "Wer hier Teile der Belegschaft in die 0-Stunden-Woche entlassen will und für die Verbleibenden die 40-Stunden-Woche fordert, begeht einen wirtschafts- und sozialpolitischen Amoklauf. Der Lohnkostenanteil am Produkt liegt unter 10 % und ist daher nur ein geringer Teil der Kosten. Ein "Wettbewerb" über Einkommensverzicht oder Arbeitszeitverlängerung bei einem Jahreseinkommen eines chinesischen Metallarbeiters von ca.1200 Euro kann niemals gewonnen werden", so Ledebur.

IG Metall und Betriebsräte fordern von der Geschäftsführung der BOSCH-Elektrowerkzeuge ein langfristiges Standortsicherungskonzept und damit die Sicherung der Arbeitsplätze in allen westeuropäischen Standorten. Der Aufbau von Produktionskapazitäten in China darf nicht fortgesetzt werden. Dies gefährdet alle Arbeitsplätze in Europa.

Leinfelden als Produktionsstandort muss erhalten bleiben.